Landesgruppe
Nordrhein-Westfalen

Nr.01/ 16.01.2026

Neue Grundsicherung im Bundestag

Die Arbeitslosigkeit hat seit dem Jahreswechsel 2022/2023 deutlich zugenommen, die Abgangsrate in Beschäftigung bewegt sich auf sehr niedrigem Niveau. Insbesondere die gestiegene Langzeitarbeitslosigkeit ist bedenklich. Gleichzeitig bestehen in vielen Branchen Fachkräfteengpässe und Unternehmen finden keine geeigneten Mitarbeitenden. Ein langfristig starker Sozialstaat braucht klare, durchsetzbare Regeln und die Mitwirkungsbereitschaft aller erwerbsfähigen Menschen. Er wird getragen vom gemeinsamen Verständnis, dass es gerecht zugeht und nur diejenigen Unterstützung erhalten, die diese wirklich benötigen. Daher ist das Verhältnis zwischen Unterstützung und Mitwirkung, zwischen Solidarität und Eigenverantwortung immer wieder zu überprüfen und neu auszubalancieren.

Aus dem Bürgergeld wird deshalb die neue Grundsicherung. Im Kern sorgt der jetzt eingebrachte Gesetzentwurf für mehr Gerechtigkeit: Gerechtigkeit für all diejenigen, die hart arbeiten und mit ihren Steuern und Beiträgen den Sozialstaat finanzieren und ihn überhaupt erst möglich machen. Gerechtigkeit für all jene, die alles daransetzen, wieder in Beschäftigung zu kommen. Und Gerechtigkeit für diejenigen, die Hilfe benötigen und dafür unsere volle Unterstützung und Solidarität erhalten.

Erstmals debattierte der Bundestag am Donnerstag über die Reform, die zum Prinzip des Förderns und Forderns zurückkehrt. Künftig gilt wieder: Wer arbeiten kann, soll arbeiten. Wer Leistungen bezieht, soll mit dem Jobcenter kooperieren. Das führe zu „mehr Gerechtigkeit“ im Sozialsystem, betonte der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion, Dr. Carsten Linnemann – Gerechtigkeit auch für all jene, die mit ihren Steuern den Sozialstaat finanzieren.

Mit der Rückkehr zum Vermittlungsvorrang will die Koalition Arbeitssuchende so schnell wie möglich wieder in Arbeit bringen. Ein verbindliches Beratungsgespräch zu Beginn ist ein wichtiger Schritt, um schnell zu klären, welche Wege in Arbeit realistisch sind. Das stärkt die Eigenverantwortung und verhindert, dass Menschen dauerhaft in Arbeitsmarktmaßnahmen feststecken. Es ist aber genauso wichtig, dass wir zielgerichtet fördern: Gerade bei jungen Menschen etwa ist es richtig, den Fokus auf Ausbildung oder Qualifizierung zu legen.

Auch kündigte Linnemann für die Zeit nach der Verabschiedung der neuen Grundsicherung weitere Reformen des Sozialsystems an. Vor allem müsse man die Schwarzarbeit unterbinden, erklärte der Fraktionsvize.

Dabei dürfen man nicht nur die illegal Beschäftigten in den Fokus nehmen, sondern auch diejenigen, die Schwarzarbeit ermöglichten. Damit sprach er die Organisierte Kriminalität an, die den Sozialstaat systematisch missbraucht. Laut Linnemann muss gelten: „Wer betrügt, muss zahlen.“

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,

auch im neuen Jahr 2026 beschäftigen uns viele Konfliktherde weltweit. Russlands anhaltender Krieg gegen die Ukraine, die Proteste der iranischen Bevölkerung gegen das Mullah-Regime, das Vorgehen der USA in Venezuela und ihre Ansprüche auf Grönland.

An vielen Stellen erweitern die Großmächte ihren Einfluss. Wenn Deutschland und Europa eine Rolle spielen wollten, müssen sie wirtschaftlich und militärisch stark sein. Dazu wurde beim NATO-Gipfel am 24./25. Juni 2025 eine substantielle Erhöhung der NATO-Vorgaben für die nationalen Verteidigungsausgaben beschlossen. Um dieses Ziel zu erreichen, hat der Deutsche Bundestag mit Zustimmung des Bundesrates die Schuldenregel bereits reformiert und die finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt. Im Hinblick auf den militärischen Aspekt haben wir zudem zum 1. Januar 2026, denn neuen Wehrdienst eingeführt, um die Verteidigungsfähigkeit Deutschlands zu stärken.

Der notwendige Fähigkeitenzuwachs der Bundeswehr darf aber nun nicht an zu komplexen Beschaffungsverfahren oder zu langen Genehmigungsverfahren scheitern. Entscheidend ist nämlich bei den internationalen Krisen der Faktor Zeit. Deswegen wollen wir eine neue Basis für die Auf- und Ausrüstung der Bundeswehr schaffen. Dazu beschließen wir in dieser Woche im Bundestag das Gesetz zur beschleunigten Planung und Beschaffung für die Bundeswehr. So ermöglichen wir weitere vergaberechtliche Erleichterungen zur Beschleunigung der Vergabe öffentlicher Aufträge anzuwenden sowie Hürden bei Genehmigungsverfahren abzubauen. Dabei wird den Aspekten Schutz und Geheimschutz militärischer Anlagen natürlich besonders Rechnung getragen. Durch die Regelungen dieses Gesetzes kann die Vergabe öffentlicher Aufträge sowie die Errichtung verteidigungswichtiger Anlagen schneller durchgeführt werden, als dies nach der derzeitigen Rechtslage möglich ist. Zudem wollen wir mit dem Gesetz die Zusammenarbeit in der Europäischen Union und mit Partnerstaaten weiter ausbauen.
So verbessert die Koalition auch die Rahmenbedingungen für die Beauftragung der Rüstungsindustrie und stellt einen zügigen Materialzulauf für unsere Streitkräfte sicher, der dort dringend erwartet wird.

Herzliche Grüße aus Berlin!

Dr. Günter Krings, MdB
Vorsitzender der CDU-Landesgruppe NRW

Foto: Tobias Koch

Digitaler Führerschein kommt 2026 – Bund schafft rechtliche Voraussetzungen

Am Freitag, den 16. Januar 2026 wird der Entwurf eines „Fünften Gesetzes zur Änderung des Straßenverkehrsgesetzes und anderer straßenverkehrsrechtlicher Vorschriften“ in 1. Lesung im Bundestag beraten.

Mit den Änderungen des Straßenverkehrsgesetzes führt die Koalition die Digitalisierung im Verkehr konsequent fort. Nach der Einführung des digitalen Fahrzeugscheins schaffen wir auch die rechtlichen Voraussetzungen für den digitalen Führerschein in Deutschland. Bis zum Ende des Jahres soll in der „i-Kfz-App“ auch der digitale Führerschein abrufbar sein. Ähnlich wie Bankkarten oder Konzerttickets sind dann auch alle wichtigen Fahrzeugdokumente voll digital verfügbar. Wir setzen damit den Koalitionsvertrag konsequent um, bauen Bürokratie ab und digitalisieren Deutschland.

Zusätzlich schaffen wir die Möglichkeiten einer digitalen Parkraumüberwachung und entlasten damit massiv die Kommunen, die damit deutlich einfacher und effizienter gegen Parkraumverstöße vorgehen können. Auch dem gewerblichen Punktehandel schieben wir im Rahmen der Gesetzesänderung einen Riegel vor. Der Handel mit Punkten für Verkehrsverstöße wird ausdrücklich verboten und mit einem hohen Bußgeld mit bis zu 30.000 Euro geahndet.

Impressum:

Ausgabe Nr. 01/2026,
16. Januar 2026

Landesgruppe NRW der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030/ 227-58956
Fax: 030/ 227-76421

Email:
fabian.bleck@cducsu.de
Redaktion/ V.i.S.d.P:
Karl-Heinz Aufmuth,
Fabian Bleck

Wirtschaftliche Zusammenarbeit in der Entwicklungspolitik stärken

In den Partnerländern Arbeitsplätze schaffen – Armutsbekämpfung stärker im Blick

Die wirtschaftliche Zusammenarbeit soll zu einem der Hauptpfeiler der deutschen Entwicklungszusammenarbeit werden. Entwicklungspolitik muss Investitionen ermöglichen, Wertschöpfung vor Ort schaffen und tragfähige Partnerschaften für deutsche und europäische Unternehmen eröffnen. Das erfordert nicht nur neue Programme, sondern ein Umdenken im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Mit der wirtschaftlichen Zusammenarbeit schaffen wir Wohlstand und Arbeitsplätze in unseren Partnerländern und in Deutschland.

Angesichts wachsender globaler Krisen sollte die Hunger- und Armutsbekämpfung wieder stärker in den Mittelpunkt rücken. Das ist nicht nur eine Frage der Solidarität, sondern auch der Sicherheit: Wer Perspektiven vor Ort schafft, reduziert Flucht, Instabilität und neue Krisen. Im Bereich der globalen Gesundheit soll zukünftig vor allem multilateral gearbeitet werden. Zwar ist der Ansatz richtig, doch kann die bilaterale Gesundheitszusammenarbeit dadurch nicht komplett ersetzt werden. Mit der Reform soll der Bereich des multilateralen Systems gestärkt werden. Es ist notwendig, dass Deutschland als eines der größten Geberländer einen klaren Gestaltungsanspruch definiert.
Wichtig ist nun, die Reform im Haus schnell umzusetzen. Der notwendige Mentalitätswandel muss sich im Ministerium in schlanken, unbürokratischen Strukturen widerspiegeln. Zugleich gilt es, die Vorgaben des Koalitionsvertrags konsequent umzusetzen: mehr Wettbewerb unter den Durchführungsorganisationen, eine effizientere politische Steuerung der Entwicklungszusammenarbeit sowie eine enge Verzahnung mit allen Akteuren der Außen-, Sicherheits- und Wirtschaftspolitik.

Jens Spahn: „Wachstum ist Schicksalsfrage der Nation“

Nach drei Jahren der Flaute soll die deutsche Wirtschaft 2026 endlich wieder wachsen. „Wachstum ist die Schicksalsfrage der Nation“, sagte der CDU/CSU-Fraktionschef Jens Spahn zum Auftakt des Parlamentsjahres. Alle gesetzlichen Vorhaben sollten daran gemessen werden, ob sie die Wirtschaft voranbringen oder nicht, betonte Spahn. Nur wenn Deutschland wirtschaftlich stark sei, könne es auch international eine bedeutsame Rolle spielen.
Mit Blick auf die Wirtschaft betonte Spahn: „2026 muss ein Jahr des Wachstums für Deutschland werden.“ Es gebe Anzeichen dafür, dass man die Talsohle erreicht und den Pfad des Wachstums eingeschlagen habe. So steige die Zahl der Baugenehmigungen, der Industrieaufträge und der Neugründungen. Wachstum sei auch die Voraussetzung für einen starken Sozialstaat.
Der Fraktionschef verwies in dem Zusammenhang darauf, dass der Bundestag in seiner ersten Sitzungswoche 2026 die Einführung der neuen Grundsicherung berät, die das Bürgergeld ersetzen soll. Kern der Reform ist der Grundsatz: Wer arbeiten kann, soll Arbeitsangebote auch annehmen müssen.

Diese Veröffentlichung dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.